

Der neue 12 Milliardenkredit vor dem Reichstage

Der Sitzungsbericht vom 27. Oktober

Im Bundesratsstische: Dr. Helfferich, Graf Koebner, Dr. Hise.
Vizepräsident Dr. Naefke eröffnete die Sitzung am 3/4 Uhr.

Das Ansehen des verstorbenen Abgeordneten Richter (Aos.) wurde in der üblichen Weise geehrt.
Auf der Tagesordnung standen zunächst kurze Anfragen. Auf eine nationalliberale Anfrage nach dem Stande der Vorarbeiten über die Vereinfachung der Prüfung der Kandidaten auf den Konular- und diplomatischen Dienst erwiderte

Unterstaatssekretär Zimmermann: Die neuen Bestimmungen sind ausgearbeitet. Ein Bedarf an neuen Kommissaren besteht augenblicklich nicht. Die bisherigen Vorarbeiten werden einer eingehenden Nachprüfung unterzogen werden.

Auf eine nationalliberale Anfrage nach weiteren Vorschlägen antwortete

Direktor im Reichsdankamt Schreiber: Die Maßnahmen werden im Einklang mit der preussischen Regierung getroffen und den übrigen Bundesstaaten zur Kenntnis gebracht. Es werden Erträge über eine Neuordnung der Grundsteuer der Gewährung der Beihilfe.

Eine nationalliberale Anfrage nach Ausdehnung der Beihilfe Gegenstände des täglichen Bedarfs und Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs beantwortete

Direktor im Reichsdankamt des Innern Müller: Zur Unterstützung sollen nicht darunter, wohl aber Lebensmittel und verwandte Artikel.

Auf eine nationalliberale Anfrage nach Vergeltungsmaßnahmen für die Beschädigungen an den öffentlichen Anlagen erwiderte

Direktor im Auswärtigen Amt Dr. Krieger: Die vortugale Regierung hat beifolgendes Eigentum beschlagnahmt, verkauft, so sogar veräußert. Vergeltungsmaßnahmen haben wir uns vorbehalten.

Auf eine weitere nationalliberale Anfrage erwiderte

Unterstaatssekretär Zimmermann: Der spanische Botschafter erbot Vorstellungen wegen der Verletzung eines nach England bestimmten Fruchtanlaufers. Das namentlich die ärmere spanische Bevölkerung von dem Schaden betroffen wird, haben wir solchen Dampfern die Freifahrt der Gewässer unter der Bedingung, daß England eine entsprechende Zahl von Fruchtanlaufern nach Deutschland durchläßt.

Auf eine fortschrittliche Anfrage betreffend Bewilligung der Reichs- und öffentlichen Anstalten von medienbegrifflichen Sektoren, die im neutralen Auslandes zurückgehalten oder in Feindesland interniert sind, erklärte

Ministerialdirektor Dr. Gelpke: Die etwas unklaren Bestimmungen werden wohlwollend gedeutet. Andernfalls sind wir vorstellbar geworden.

Darauf befragte das Haus die vom Gouvernementsgericht in Thorn beantragte Genehmigung der Strafverfolgung des Abgeordneten Liebschütz und ebenso die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten Hübner wegen Verleumdung des Generalgouverneurs Freiherrn v. Bissing.

Zu dem Antrag der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft auf Aushebung des beim Militärgericht anhängigen Strafverfahrens und auf Aushebung der Unterdrückung gegen den Abgeordneten Liebschütz für die Zeit der Sitzungperiode empfiehlt der Reichsdankamt den Ausschuss zur Ablehnung.

Wa. Naefke (Soz.): Wir stimmen dem Antrag zu. Wir wollen Liebschütz nicht dem Gericht entziehen. Wünschenswert, daß das Urteil in einer lebensschonenderen Zeit gefällt werde, wo es anders ausfallen wird. Liebschütz hat nicht erlosch geendet.

Wa. Staßburg (Soz. Arb. Gem.): Das Parlament muß seine Mitglieder ohne Unterschied der Richtung schützen; Verbunkelungsgefahr besteht nicht. Liebschütz Verdrehen ist die sozialdemokratische Meinung. Bundesrat kann eine interpellation nicht geben.

Die Richter waren von der Penlar beeinflusst. Die Ehrenrechte wurden Liebschütz nur oberflächlich, um ihn aus dem Reichsdankamt herauszubringen.

Wa. Nibbe (Widloz.): Die Verletzung Liebschütz ist nicht Sache des Reichstages sondern der arbeitenden Massen. Sie (Anrede) unterfüttern nur den Kauf des Imperialismus! (Vizepräsident Naefke rief den Redner und wegen eines zufälligen Zwischenfalls den Wa. Bogner.)

Der Antrag wurde gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen und der Polen abgelehnt.

Es folgte die erste Beratung des Gesetzentwurfes, betreffend zweiten Nachtrag zum Haushaltsetat (12 Milliarden-Kredit). In Begründung der Vorlage führt

Staatssekretär des Reichsdankamtes Graf Koebner aus: Meine Herren! Der Reichstag hat die Finanzverwaltung für die Kriegsjahre im Etatsjahr 1914 zweimal um 20 Milliarden Mk. zur Verfügung gestellt, im Etatsjahr 1915 wiederum zweimal je 10 Milliarden Mk. außerdem also auch 20 Milliarden Mk. bewilligt, und in diesem Etatsjahr haben Sie durch Ihren Beschluß vom Juni die Reichsfinanzverwaltung zur Aufnahme eines Kredits von 12 Milliarden Mk. ermächtigt. Die bisher bewilligten Kriegskredite belaufen sich also im ganzen auf 52 Milliarden Mk.

Auf Grund dieser Bewilligungen ist die Finanzverwaltung zunächst stets mit der Ausgabe kurzfristiger Staatsanleihen im Vorausgegangen, um in ganz regelmäßigen Termijnen, nämlich im März und September jedes der drei letzten Etatsjahre eine Finanzierung in langfristige Anleihen folgen zu lassen.

Meine Herren! Die Summe von über 47 Milliarden Mk. die auf diese Anleihen gezeichnet und mit 45 Milliarden Mk. heute bereits eingezahlt ist, beweist Ihnen, daß diese Anleihepolitik in einer Weise von Erfolg begleitet war, die sie vor dem Krieg wohl keiner von uns für möglich gehalten hätte. Das deutsche Volk hat im Kalenderjahre 1914 1/2 Milliarden Mk. im Jahre 1915 über 2 Milliarden Mk. und im Jahre 1916 wiederum 2 1/2 Milliarden Mk. in diesen Anleihen aus eigener Kraft ausgebracht.

Sie wissen, daß die vier ersten Anleihen im wesentlichen denselben Typus zeigen, denselben Sprosszweig auszubilden. Nachdem auf diese Weise rund 36 Milliarden Mk. aufgebracht waren, konnte man sich wohl fragen, ob auch die fünfte Anleihe zu denselben Bedingungen unterzubringen sein würde. Ein Gegenüberlegen hat es nicht gefehlt, und ich habe auch diesen Überlegen geleitet, daß nicht nur unter uns Juristen, wenn wir drei zusammenkommen, mindestens drei verschiedene Meinungen über dieselbe Rechtsfrage vorhanden sein können, sondern daß auch eine so wichtige Finanzfrage finanzielle Kreise geteilte Beurteilung erfordern kann. Meine Herren, der Herr Reichsbankpräsident, dessen energischer Unterstützung die Finanzverwaltung auch bei dieser Anleihe den größten Dank schuldet, hat in dem der Emittion vorausgehenden Konferenz wiederholt darauf hingewiesen, daß es besonderer Anstrengungen bedürfte, um diesen Überlegen zu zeigen, daß diese Anleihe nicht behörden würde, daß die kritischen Momente auch heute beim deutschen Volk entscheidend für den Erfolg der Anleihe sein würden. Wir sind deshalb auch bei der fünften Anleihe bei demselben Typus geblieben, und die Erwartung des Herrn Reichsbankpräsidenten hat nicht getäuscht. 10 652 000 000 Mk. sind gezeichnet worden, und die Zeichnungen werden sich, wenn man die noch ausstehenden Geld- und Übertragungen mit hinzurechnet, auf annähernd 4 Millionen Zeichner verteilen, das sind ungefähr vierhundert Zeichner, die bei der größten bisher gezeichneten, nämlich der dritten Kriegsanleihe. Wenn Sie die Verteilung dieser Zeichnungen auf Reichsbank, Banken, Sparkassen, Versicherungsgesellschaften, Kreditgenossenschaften und Postanstalten vergleichen, so werden Sie in dieser Verteilung keinen wesentlichen Unterschied gegenüber den früheren Anleihen finden. Und wenn sich in den mittleren Zeichnungsgruppen gegenüber der 3. und 4. Anleihe, kaum oder gegenüber der zweiten Anleihe, gewisse Verteilungen zeigen, so betreffen die Zahl der Zeichner und Höhe der Gesamtsumme doch, daß es sich auch hier um eine wahre Volksanleihe handelt, bei der sich die breite Masse der Bevölkerung beteiligt hat. Diese Anleihe ist deshalb an erster Stelle unter den Anleihen zu gelten. In hohem Maße sind bei der Werbe- und Aufklärungsarbeit auch dieses Mal die Beamten aller Bundesstaaten durch die Geisteskräfte und Lehrer unterstützt worden. Wertvolle Hilfe haben neben allen Banken wiederum die Sparkassen, die Kreditgenossenschaften und insbesondere auch die Landbanken trotz ihres verminderten Personalbestandes uns zuteil werden lassen. Besonders dankbar möchte ich aber heute auch der verständnisvollen Mitarbeit der Presse gedenken, die sich in allen Bundesstaaten wieder in den Diensten der Sache gestellt hat. Wenn man die Anleihe außerordentlichen Geschäfte nicht den Zweck ihrer Urheber erreicht haben, so ist dies nicht zum mindesten der Auffklärungsarbeit zu danken, die in den politischen und in den Handelsteilen unserer Blätter vor und während der Zeichnungszeit unermüht geleistet worden ist.

Ich habe in dem Haushaltsausfluß bereits herborgehoben, daß am 30. September schon etwa 5 1/2 Milliarden Mk. auf die Anleihe eingezahlt worden waren; diese Mittelsumme kam im Laufe der Monate 1/4 Prozent Zinsen zahlungen auf die fünfte Anleihe heute den Betrag von 3 1/2 Milliarden Mk. überschritten haben, obgleich der erste Pflichtzahlungstermin, nämlich der 18. Oktober, nur eine Einzahlung von 30 Prozent vorsah. Diese Tatsache wiederlegt am besten das immer wieder auftauchende Märchen von der Finanzierung unserer Anleihen durch die Darlehnskassen; denn wer schon vor oder zum ersten Einzahlungstermin die volle Zeichnungssumme einzahlte, der wird nicht zu diesem Zwecke die Darlehnskassen in Anspruch nehmen und während mehrerer Monate 1/4 Prozent Zinsen mehr zahlen als er einnimmt. Ich habe in einer sonst ernst zu nehmenden Zeit schrift des neutralen Auslandes die unfruchtliche Behauptung gefunden, 69 Prozent der 5. Kriegsanleihe sei durch die Darlehnskassen finanziert. Ich habe mir daraufhin die genaue Zahl der bisherigen Inanspruchnahme der Darlehnskassen bei der fünften Kriegsanleihe geben lassen. Sie beträgt genau 235 189 000 Mk. , das ist also noch nicht 3 Prozent des bis jetzt eingezahlten Betrags von 8 1/2 Milliarden Mk. Die gesamten zur Zeit noch vorhandenen Kriegsanleihearbeiten für sämtliche Anleihen betragen 1 067 746 000 Mk. , das sind wiederum noch nicht 3 Prozent des gesamten bisher eingezahlten Betrags von 45 Milliarden Mk.

Ich befreie es, daß das Ausland sich immer wieder die Frage vorlegt, wie diese periodische Erfüllung unserer Kriegskassen aus den eigenen Mitteln des Volkes zu erklären ist. Die christlichen Momente, von denen ich vorhin sprach, sie können wohl vorhandene Kapitalien auf die für das Vaterland jetzt notwendigen Vahlen lenken. Die Kapitalien müssen aber vorhanden sein. Und, meine Herren, sie sind auch vorhanden. Das Geheimnis liegt eben in unserem Wohlstand nach außen, der auch als Äquivalent für die verringerte Einfuhr, erheblich verringerte Zahlungen in das Ausland zur Folge hat, in der angeregten Arbeit, die hinter der Front, in Landwirtschaft und Industrie geleistet wird und an der nicht zum wenigsten auch die deutschen Frauen beteiligt sind, sowie schließlich in der Sparpolitik, an die wir uns auf so manchen Gebieten haben gewöhnen müssen. Den besten Beweis für diese starke Sparfähigkeit bietet auch dieses Mal die Sparpolitik, die für die ersten 8 Monate dieses Jahres - selbstverständlich ohne die Abschreibungen auf die Kriegsanleihen - eine Summe von 1 710 Millionen Mk. nachweist, abnehmend denselben Betrag wie im vorigen Jahre in demselben Zeitraum, und zwar über 1 Milliarde Mk. mehr als in demselben Zeitraum des in seiner ersten Hälfte noch als Friedensjahr zu betrachtenden Jahres 1914. Der Direktor der hiesigen Sparkasse schätzte danach auch für dieses Jahr die Summe der Sparfalleinsparungen auf 8 1/2 Milliarden Mk. . Bietet man aus dieser vermehrten und durch nichts ergrünbareren Summe bei den Sparkassen den Gehalt auf die Darlehnskassen und auf die Einlagen bei den genossenschaftlichen Kassen, so wird auch dem Ausland die Durchführung 12 Milliarden Mk. aus dem deutschen Volk herkommen. Um so verständlicher wird es auch

im deutschen, weil beim Ausland ein Teil dieser notwendigsten Voraussetzungen für eine Anflutung von Kapital im eigenen Lande fehlt.

Während unser Geld im wesentlichen im Lande bleibt, werden die feindlichen Staaten mit jedem Tage dem Ausland in höherem Maße tributpflichtig. Erst vor kurzem hat der englische Schatzkanzler Mac Kenna sich auf die Angriffe im Parlament wegen der zu hohen Zinsen für seinen neuen kurzfristigen Kredit mit dem Hinweis darauf verteidigen müssen, daß er für jeden Werttag in der Woche 2 Millionen Pfund. des für 40 Millionen Pfund. für Zahlungen in das Ausland finden mußte. Und zu diesen Zahlungen für Kriegsmaterial kommt der Einfluß der Zinsen, den die sonstige Volkswirtschaft des Landes zumal in England als in Frankreich infolge der sehr erheblichen Verschlechterung der Handelsbilanz an das Ausland bezahlen muß. Eine wesentliche Förderung des Exports ist England auch in diesem Jahre nicht gelungen und dabei nicht der größte Teil des englischen Exports in die Entente-Länder, wird also nicht bezahlt, sondern gleichfalls freihandelt in der Form der Kriegsvorräte. Diese Kriegsvorräte als die Bundesgenossen erreichen schon jetzt den Betrag von 800 Millionen Pfund. gleich 16 Milliarden Mk. . Mein im diesjährigen englischen Budget sind hierfür 9 Milliarden Pfund. vorgesehen, die aber nach Ansicht des englischen Premierministers Asquith nicht reichen werden.

Meine Herren! Wir wollen uns nicht verhehlen, daß England mit seiner Steuerpolitik während des Krieges in energischer und richtiger Weise verfahren hat, seinen allen Exzitationen in der Finanzfinanzierung treu zu bleiben, dieses durch steuerliche und sonstige Einschränkung alles überflüssigen Konsum, durch Verminderung aller Ausschüsse volkswirtschaftlich richtig handelt; aber alle diese konsequenten Maßnahmen haben doch nicht verhindern können, daß der Diskont der Bank von England auf 6 Prozent hat festgelegt werden müssen und daß der Kurs der Konjols auf 56 1/2 Prozent gesunken ist. Demgegenüber hat unsere Reichsbank seit Dezember 1914 beim fünfprozentigen Diskontfuß bleiben können. Erhalten Sie mir in diesem Zusammenhang auf teilweiser Überforderung in diesen vorerzählten Zahlen noch einige Angaben über die Ergebnisse. In England sind bisher 13 Kriegskreditverträge über rund 62 Milliarden Pfund. den aber nur 2 inländische Anleihen und der Anteil von der Entente-Anleihe mit einem Ergebnis von nicht mehr als 19 Milliarden Pfund. folgten, während mindestens 30 Milliarden Pfund. kurzfristige Schatzanweisungen laufen, in Frankreich 55 Milliarden Pfund. Kriegskredite und auch nur zwei langfristige innere Anleihen, mit einem Ergebnis von etwa 13 Milliarden Pfund. bei uns 6 Kreditverträge über 52 Milliarden Mk. den 5 langfristige Anleihen folgten mit dem bekannten Ergebnis von über 47 Milliarden Mk.

In England zunächst 1/2-prozentiger Zinssfuß, dann 4 1/2 Prozent und jetzt für 3 Jahre laufende Erwerbserbonds 6 Prozent, bei uns gleichmäßig bei allen Anleihen 5-prozentiger Zinssfuß. In Frankreich ein Kurs von 87 1/2 Prozent für die jetzt aufgelegte fünfprozentige Anleihe, bei uns ein Ausgabekurs, der bei sämtlichen Anleihen nur zwischen 97,50 und 99 Prozent geschwankt hat.

In England und Frankreich bei den letzten Anleihen Einnahme älterer Anleihen an Zahlungsmittel, bei uns Ausgabe ohne jedes der bekannten besonderen Anzeimittel.

Meine Herren! Die Finanzverwaltung verkennt durch-aus die schweren Lasten nicht, die auch wir finanziell in diesem Kriege bisher auf uns nehmen mußten. Aber es steht auch heute fest, daß diese Last gemessen an den gegenseitigen Kraftanstrengungen und Leistungen geringer ist als die unserer Gegner. Mein Herr Vorgänger hat Ihnen im vorigen Jahr eine Rechnung über die damaligen gesamten Kriegskosten Europas aufgemacht. Ich habe an der Hand der neuesten Daten denselben Bericht für die Gegenwart gemacht. Sie glanze, ich möchte nicht zu hoch, wenn ich Ihnen danach die bisher aufgewandten Kriegskosten der entzweitigten Staaten auf 250 Milliarden Mk. ansetze, auf 250 Milliarden Mk. ohne Einrechnung der zerstörten Werte und ohne Einrechnung der noch aus dem Krieg entstehenden Rentenvorpflichtungen. Von dieser Summe wird auf uns und unsere Verbündeten etwa ein Drittel, auf die Länder der Entente zwei Drittel entfallen.

Meine Herren! Sie haben die Äußerungen von führenden Männern der Entente in den letzten Wochen ebenfalls verfolgt wie ich. Sie wissen, daß wir weiter kämpfen müssen und daß nicht auf uns die Verantwortung fällt für einen weiteren Verbrauch nicht nur von Geld und Geschmetz, sondern von dem besten Kapital, das jeder Staat in dem Leben seiner kämpfenden Bundesgenossen hat. Sie werden sich der neuen hohen Anforderung, die ich im Namen der verbündeten Regierung heute an Sie stellen muß, nicht entziehen.

Der Kredit, den Sie zuletzt im Juni d. J. zur Verfügung stellten, nähert sich seiner Erschöpfung. Die monatlichen Ausgaben haben mit der weiteren Ausdehnung unserer Fronten in Siebenbürgen und in der Dobrudscha eine weitere erhebliche Verbilligung erfahren. Sie betragen in den letzten 4 abgeschlossenen Monaten im Durchschnitt 2 187 000 000 Mk. und bleiben damit noch erheblich hinter den englischen monatlichen Kriegskosten von 3 Milliarden Mk. zurück. In diesem Monat tritt noch hinzu die durchschnittliche Minderleistung von über 25 Millionen Mk. an die Bundesstaaten wegen Kommunalverbände für die von ihnen veranlaßten Kommunalunterstützungen. Die Finanzverwaltung erlaubt für die vorübergehende Erfüllung von 1/4 der Familienunterstützungen angelehnt der Dauer des Krieges und der Lage mancher Kommunalverbände Ihrer Zustimmung sicher zu sein. Die eine Hälfte dieses Viertels soll jetzt, die andere in 3 Monaten gezahlt werden.

Meine Herren! Ebenso wie diese oben erwähnten 250 Millionen Mk. sind nicht alle Ausgaben der bisher verbrauchten 48 Milliarden Mk. als reine Geresauswendungen zu betrachten. Wie Ihnen bekannt, sind auf Ihre Anregung zweimal je 200 Millionen Mk. für Beihilfen an Kommunen zu Wohlfaßbüden aus dem Kriegsfonds zur Verfügung gestellt worden. Diese Beihilfen sollen weitergeführt werden, und es sprechen augenblicklich Ihren Wohlfaß nahe Verbänden über eine Erhöhung der vier für aufzunehmenden Monatsbeträge. Sodann wird ein

Teil der in Kriegsbedarfindustrie und Kriegsgesellschaften angelegten Gelder teils zurückzuführen, teils auch im Frieden nutzbar zu machen sein; ich erinnere da an die Eisenhüttenanlagen, mit denen wir hoffen, der Landwirtschaft im Norden mehr Stoff für billigen Breiten zur Verfügung stellen zu können, als sie je vor dem Kriege gehabt hat. Zu Betracht kommt nach dieser Richtung auch der Ersatz eines Teiles unseres Kupferbedarfs durch Aluminium und die verschiedenen Anlagen für Erzfürstufung. Ich hoffe, daß auch ein Teil der heute von Ihnen erbetenen neuen 12 Millionen Mark friedlichen Zwecken dauernd nutzbar gemacht werden. Daß aber der weit- und größte Teil den direkten Bedürfnissen unseres Heeres zu dienen hat, darüber werden Sie mit mir einig sein. Und weil dies der Fall sein wird, weil wir aus diesem neuen Kredit unsere Räumlichkeiten in der Somme, in Flandern, Polen, Galizien, Siebenbürgen und in der Dobrußa wieder mit dem notwendigen Bedarf an Munition, an Kleidung für den Winter versehen müssen, darum hoffen die verbündeten Regierungen auf Ihre einmütige Zustimmung zu dem durch den Nachtragsetrat erbetenen neuen Kredit von 12 Milliarden Mark. (Beifall der Versammlung.)

Abg. Gert (Soz.): Die Erklärungen gegenseitiger Staatsmänner, auch der Sozialisten, lassen keine Friedensbereitschaft vermissen. Sie hoffen noch immer auf eine Wiederherstellung Deutschlands. Deshalb bewilligen wir die Mittel, unser Land vor den Anschlägen der feindlichen Übermacht zu schützen.

Abg. Bernheim (Soz. Arb.-Gem.): Wie lange soll es noch mit solchen Forderungen gehen? Die Versuche zu einem Sonderfrieden zu kommen, mußten scheitern. Die Diplomatie hat verlagert. (Redner wurde zur Seite gerufen.) Wir und die Arbeiterklasse aller Länder sind Gegner des Krieges, den nur ein kleiner Kriegerwilliger, Kaiserpräsident Kaas hat, solche Ausführungen zu unterstützen, auch wenn sie namens der Reaktion abgegeben sind. Darauf schloß die Aussprache.

Es fand sofort die zweite und dritte Sitzung statt. Die Vorlage wurde gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft angenommen. (Gesetzte Weisungsbefugung.)

In der Abstimmung über die Zusammenberufung des Hauptstaatskommissars während der Vertagung des Reichstages wurde der konservative Antrag in einfacher Abstimmung abgelehnt. Der Anknüpfungstrag in namenhafter Abstimmung mit 302 gegen 31 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Es folgte die erste Lesung eines Gesetzesentwurfs über die Festsetzung von Kurien der zum Wahlenhandel zugelassenen Werbepapere.

Der Entwurf ging nach kurzer Erörterung an eine besondere Kommission von 14 Mitgliedern.

Es folgte die dritte Lesung des Hauptstaatskommissars betreffend Schutzhaft während eines Kriegszustandes.

Abg. Landsberg (Soz.): Die Schutzhaft sollte überhaupt vermieden werden. Gegen keinen der Führer der Minderheit Maßnahme wurde mit Schutzhaft vorgegangen. Was dem einen recht ist, soll dem anderen billig sein. Wir beantragen Aufhebung des Belagerungszustandes. Den mit Schutzhaft Belegten müssen Rechtsgarantien gegeben werden.

Abg. Greber (Centr.): Die ganze Frage, die noch während des Krieges feststehen geregelt werden muß, sollte in einer parlamentarischen Kommission erörtert werden. Die Regierung muß Zeit dazu finden, dieses Gesetz vorzubereiten.

Darauf wurde die Weiterberatung auf Sonnabend nachmittags 3 Uhr vertagt. Vorher Antrag Schiffer auf Ausfertigung der Kriegsverordnungen.

Schluß 7 1/2 Uhr.

Der Arbeitsplan des Reichstages

Berlin, 27. Okt. Der Arbeitsplan des Reichstages trat heute abends zusammen und einigte sich darin, die Beratungen im Hauptstaatskommissar und in der Kommission derart zu kontingieren, daß sie am Sonnabend, den 4. November abgeschlossen werden können, wie bereits in Aussicht genommen ist. Zur Erledigung der heutigen Tagesordnung stehen Sonnabend dieser Woche und Sonntag und Dienstag nächster Woche zur Verfügung. Der Mittwoch, ein Feiertag, ist freigeblieben. Demgemäß müßten die Ernährungsfragen in drei Tagen durchgearbeitet werden.

Die Verhandlungen des Hauptstaatskommissars

Berlin, 27. Okt. Der Hauptstaatskommissar des Reichstages eröffnete heute um 10 Uhr die Verhandlungen und einigte sich auf 10 Minuten Redezeit für jeden Redner. Dann wurde die Beratung der Ruder-, Doh- und Gemütsregelung beendet und darauf noch einmal die Frage der Kartoffelverjüngung behandelt.

Generalmajor von Gramon der Person des Kaisers Franz Joseph zugeweiht

Wien, 27. Okt. Aus dem Kriegspräsidium wird gemeldet: Seine Majestät der deutsche Kaiser hat mit Kabinettsbefehl vom 22. Oktober den k. u. k. Armeeoberkommando delegierten Preussischen Generalmajor von Gramon unter Befolgung im gegenwärtigen Dienstverhältnis der Person Seiner Majestät des Kaisers und Königs Franz Joseph zugeweiht.

Der kaiserliche Militärattaché Generalstabsoberst Fejzi Bey wurde unter Beibehaltung seines Amtes als Militärattaché zum Militärattaché ernannt.

Der Pour le mérite

Berlin, 27. Okt. „Pour le mérite“ melde: Der Kaiser hat dem Oberstleutnant von Gonta, Führer eines Korps.

Der Palazzo Venezia als „Nationalmuseum“

Vern, 27. Okt. „Corriere della Sera“ melde: Der Palazzo Venezia sei nun vollständig ausgeräumt. Dinstag werde er zum Nationalmuseum bestimmt.

Sarajewa befehlt

Der bulgarische Generalfeldmarschall von 27. Okt. Sarajewa, 27. Okt. Bericht des Generalstabes vom 27. Oktober. Sarajewa, 27. Okt. Die Lage ist unübersichtlich. Der Krieg wird sich nach Osten und Westen hin ausbreiten und Distanz-See-Verbindungen. Im Zuge der Belastung Manina Ruhe. An der Struma-Front schwaches Artilleriefeuer.

An der Küste des Adriatischen Meeres besteht die feindliche Flotte die Küste des Dardanellen. An der Küste des Schwarzen Meeres Ruhe.

In der Dobrußa-Front sind die verbündeten Truppen den besten Feind. Wir haben die Stadt Sarajewa befehlt. Kommandeur der Donau Flotte.

Der rumänische Generalfeldmarschall

vom 26. Oktober. Nord- und Nordwestfront: Westlich von Sulzhaer Artilleriefeuer. Wir nahmen den Berg Ketzelsberg südlich von Wago. Im Zentrum ist die Lage unübersichtlich. Im Hauptteil wird das Feind nach Osten bis zum Westlich ausgedehnt. Im Ostteil geht der Kampf jenseits der Grenze weiter. Wir machen einen Offizier, 137 Soldaten und Gefangenen. Zusammengefaßt ist festzustellen, daß der Feind an der Westgrenze der Moldau noch heftigen Kämpfen überall über die Grenze zurückgeworfen ist. Er hält gegenwärtig nur ein kleines Gebiet südlich von Sulzhaer und Doros und eine kleine, unbedeutende Stellung im Ostteil besetzt. Seine Verluste sind groß. Im Westteil bei Doboljitz, Detonaca und Rodelas nichts Neues. Der Kampf geht weiter südlich von Predeal. Die feindliche Infanterie wurde abgeworfen. In der Gegend von Dragostolca schienen wir heftige Angriffe des Feindes zurück zu werfen. Im Ostteil nichts Neues. Im Ostteil rückt der Feind in der Gegend westlich des Tancos vor. Der Armeeführer General Dragostolca wurde bei der Leitung der Operationen in dieser Gegend verunletzt. Bei Orsova Artilleriefeuer.

Südfront: In der Donau einige Kanonenschiffe. In der Dobrußa nichts Neues.

Die Deutschen können nicht geschlagen werden

Wien, 26. Okt. In einer der „Neuen Freien Presse“ zur Verfügung gestellten Unterredung mit einem Vertreter der „Associated Press“ sagte Salil Bey:

Wir stehen und fallen mit den Mittelmächten, und gegenwärtig liegt kein Anzeichen vor, daß irgend ein Mitglied unserer Gruppe fallen würde, solange wir deutsch sind an der Spitze der Vereinigung haben. Die Deutschen können nicht geschlagen werden, da sie mit ihrem Siegeswillen eine ungenutzte Organisationsgabe vereinigen. Der deutsche Siegeswille und die deutsche Organisation sind für die Türkei und die Araber ein großes Erfolg und ein großer Sieg. Ein Volk von feiglichen Willen, das solchen Siegeswillen hat, ist unbesiegt. Niemals in der Geschichte der Menschheit hat ein anderes Volk eine solche Vereinigung von wertvollen Eigenschaften aufzuweisen gehabt, wie das deutsche Volk, und deshalb betrachten wir Ägypten als ein gewisses, daß der Ausgang des Krieges nicht zweifelhaft ist. Die Erklärung meiner Rede nach Deutschland kamte ich mich von der Lage dort überzeugen. Obwohl man den Krieg natürlich spürt, begegnet man seinen Wirkungen in so systematischer Weise, daß der Beobachter verwirrt ist über diese Organisation, welche im Hinterland alle Mächte am Zusammenhalten. Es ist geradezu etwas Unbegreifliches, um diese Organisation, die sich geräuschlos auf kleinstem Wege dem Ziele mit einer Sicherheit zubewegt, die einem förmlich bannet. Ein solcher Organismus hat nicht bloß die Intelligenz hinter sich. Er wird auch von Millionen von Menschen getragen, die durch ihren Patriotismus zur bewegenden Kraft haben. Nur so kann man sich erklären, daß sich die Deutschen fähig zeigten, jedem vom Kriege geschaffenen Problem mit Erfolg zu begegnen. Salil Bey sprach sodann über die Organisationsarbeit in der Türkei, auf der, wie er angab, auch die Deutsche eingezogen werden und sich leisten werden. Seine Erklärung die Rumänien jetzt mache, sei für die ganze Welt wertvoll, denn sie zeige, daß die Mittelmächte noch immer militärisch kräftig und in der Lage seien, trotz der im Westen und Osten gegen sie unternommenen Offensiven große Kräfte gegen neue Feinde zu verwenden.

Salil Bey schloß mit den Worten: Wir Türken sind mit den Mittelmächten eins in der Entschlossenheit, unsere nationale Unverletzlichkeit zu verteidigen.

Norwegen wird nächste Woche antworten

Kristiania, 27. Oktober. Am 26. unlaufenden Gerichten von einem deutschen Ultimatum entgegenzutreten, schreibt „Hilfsmittel“ unter „Hilfsmittel“, daß die norwegische Regierung erst am nächsten Freitag antworten werde und bis dahin nichts entschieden könne, wenn die Allgemeinen Ruhe und Selbstenheit bewahrt.

Oslo, 27. Okt. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet, von deutscher Seite sei angenommen worden, daß in den Niederlanden ein norwegisches Schiff eine Reparatur mit aus Deutschland kommen. Dem Eisen nicht mehr ausgeführt werden dürfte. Diese Verordnung komme nur für solche Schiffe in Frage, die für Deutschlands Feinde bestimmt sind.

1700 Mann mit der „Gallia“ erretteten

Wie dem „S. A.“ aus Kristiania gemeldet wird, erzählt die Besatzung des im Mittelmeer versenkten Schiffes „Gallia“, daß sie von einem französischen Kreuzer aufgenommen wurde, der nach Alger gehen sollte. Nachmittags traf der Kreuzer auf Rettungsboote und holte die verbliebenen 1700 Soldaten. In Westen lagen über 150 Leichen. Die Leute waren ursprünglich an Bord des französischen Transportdampfers „Gallia“, der sich auf der Reise von Marseille nach Saloniki befand und torpediert worden war. 1700 Soldaten kamen ums Leben. Die übrigen waren in Rettungsbooten 36 Stunden unterwegs. Wohl es an Wasser und Nahrung fehlte, waren mehrere in Kampf geraten und in Meer geschleudert worden. Zahlreiche Leute waren gefrierkrank geworden.

Russische Minen auf schwedischem Seegebiet

Stockholm, 26. Okt. Der hiesige russische Gesandte hat der schwedischen Regierung mitgeteilt, die russische Regierung habe den Befehl erteilt, im Ostschwedischen Meerbusen Minen innerhalb der folgenden Grenzen auszulagern: Vom Norden 63° 35' nördl. Br. im Osten 21° östl. Länge, dann eine Linie in Entfernung von drei Seemeilen vom Südpolström und den nicht stets vom Meere überhöhten Schären an der schwedischen Küste bis 63° 35' nördl. Br. Infolge dieser Mitteilung wurde der schwedische Gesandte in Petersburg beauftragt, folgende an die Minenangelegenheiten auf schwedischem Seegebiet einzutreten, zu erheben unter Vorbehalt aller Ansprüche, die sich aus einer solchen Minenauslegung ergeben könnten.

Die heutige Fortsetzung unseres Romans „Der Glaskocher von Willestein“ erscheint wegen Raummangel erst in der Nachmittags-Ausgabe.

Koerber übernimmt die Bildung des Ministeriums

Wien, 27. Okt. Wie die Abendblätter melden, hat der gemeinsame Finanzminister v. Koerber die Bildung des Ministeriums übernommen.

Wien, 27. Okt. Die Beratungen zwischen Koerber und dem Grafen Tisza sind beendet. Koerber kehrt abend nach Wien zurück. Im politischen Kreise wird angenommen, daß Koerber die Ueberzeugung gewinnen konnte, daß ein Ausgleichswerk, das Ergebnis zweijähriger Verhandlungen, nichts abzuändern ist. Nach Graf Tisza reist noch heute von Budapest ab und wird nach einigen Tagen wieder hier eintreffen.

Dr. Adler wird auf seinen Gesundheitszustand geprüft

Wien, 27. Okt. Der Altentäter Dr. Adler ist im Landgericht unter besondere Beobachtung gestellt worden und wird in den nächsten Tagen durch einen Gerichtsdiakoniker einer eingehenden Beobachtung auf seinen Gesundheitszustand hin unterzogen werden. Falls Adler für gesund erklärt wird, dürfte der Prozeß gegen ihn noch in diesem Jahre stattfinden.

Die russisch-dänische Abordnung bei der Kaiserin

Berlin, 27. Okt. Die Kaiserin empfing heute nachmittag im Neuen Palais die zur Befestigung der Gefangenenerlöser in Deutschland weilende russisch-dänische Abordnung, bestehend aus sechs russischen Schwewtern und sechs dänischen Herren.

Die Vereinigten Staaten und Mexiko

Washington, 27. Okt. Das Kriegsdepartement teilt mit, es habe die fideles Recht erhalten, daß die Gegner der Regierungspolitik mit Villa und anderen Banditen einen Scheingriff auf amerikanische Truppen an der Grenze oder auf eine Grenzstadt vorbereiten, um Stimmung gegen die Regierung zu machen. Das Kriegsdepartement hat die amerikanischen Kommandanten an der Grenze, deren Truppen in Bereitschaft gehalten werden, von den Einzelheiten in Kenntnis gesetzt.

Der „neutral“ Wilson

Cincinnati, 25. Okt. Präsident Wilson sagte in einer Rede, noch er sich für die Bildung einer Bäckerei zur Erhaltung des Friedens nach diesem Kriege aussprach, dies sei der letzte Weltkrieg. Die Vereinigten Staaten vermieden können. Die Nation solle bereit sein, wenn nötig, sich ihrer physischen Kraft zu bedienen, und zukünftige Kriege verhindern zu helfen. Jenseits seien unter Verhältnissen wie die jetzigen, die Pflichten der Neutralität äußerst schwierig zu erfüllen.

Eröffnung der deutschen Schule in Warschau

Warschau, 27. Okt. Gestern mittags 12 Uhr fand im Gebäude des alten polnischen Finanzministeriums eine feierliche Eröffnung der deutschen Schule statt. Die Eröffnung einer deutschen Schule, die dazu bestimmt ist, der deutschen Kolonie, die durch die von den Russen veranlaßte barbarische Ausweisung und Verfolgung im ersten Kriegsjahr stark geschwächt war, einen Mittelpunkt zu geben. Zur Feier waren Generalgouverneur v. Weseler, Gouverneur v. Gsdorf, Verwaltungschef v. Kries, f. und f. Oberst Ritter v. Paal und zahlreiche höhere Offiziere und Beamte erschienen. Nach einem Vortrage der Gouvernementskanzlei und des Ministerpräsidenten sprach der Vorsitzende des Schulvorstandes, Korf, über die früheren deutsch-polnischen Schulen in Warschau. Er sprach den Zweck und die Ziele der deutschen Schule in Warschau das Abkommen betraut Generalgouverneur v. Weseler das Rednerwort zu einer längeren Ansprache, in der er u. a. ausführte:

Wir Deutschen wollen uns durch alle Mühen und Schwierigkeiten, die über uns gebracht werden, in unserer Aufgabe nicht hüten lassen. Wir wollen weiter arbeiten auf der Bahn, die wir schon lange betreten haben, auf der Bahn zu einer hohen geistigen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung, nicht nur zur Vaterlandsliebe, sondern auch weiter, zu höherem Menschentum. Den Grund hierzu legt die Schule und wir wollen von Herzen hoffen, daß diese Schule, die heute hier ins Leben gerufen wird, sich dieser Aufgabe bewußt bleibt.

Es folgten Vorträge von Gedichten durch einige der kleinen und kleinen Schüler und Schülerinnen.

Bersent

London, 27. Oktober. „Lloyd's“ meldet: Der englische Dampfer „Robanmore“ und der norwegische Dampfer „Soga“ wurden versenkt.

Oslo, 27. Oktober. „Dnlandske Dagblad“ zufolge wurde ein schwedischer Dampfer am 25. Oktober in der Nordsee von einem deutschen Torpedoboot versenkt. Die Mannschaft ist gerettet.

Kopenhagen, 27. Okt. (Hjæll.) Der Einmünder Dampfer „Walden“ aus Bergen, der mit 1000 Mann von Kriegen nach Middelborg unterwegs war, ist gestern 40 Seemeilen von Stabeng von einem deutschen U-Boot versenkt worden. Die Mannschaft wurde vom U-Boot errettet aufgenommen und gut behandelt.

Hamburg, 27. Okt. Der norwegische Dampfer „Hjelmar“, mit Besatzung von Norwegen nach Schweden bestimmt, wurde von einem Kriegsschiff auf der Nordsee angehalten und aufgebracht.

Das „Verbrechen“ Deutschlands

Der französische Legationsrat meldet aus Antwerpen unterm 24. d. Mts. mit der Ueberlieferung: Zwangsarbeit in Belgien: Generalgouverneur Balfour darauf erstlich bekanntgemacht, daß alle arbeitslosen Belgier darauf ersucht sein müßten, für die deutsche Verwaltung in Belgien zu arbeiten. Diejenigen, die sich der Durchführung dieser Mahnmahme nicht fügten, sollten nach dem Gesandtenbericht von drei Jahren aus Belgien ausgewiesen werden. Die deutschen Behörden, die wie man wisse, an alle arbeitslosen Belgier bitten ergoßen lassen, sich zum Zwecke der Ausweisung von Arbeit in Belgien eintragen zu lassen, hätte beschloffen, zunächst einmal 1000 Mann herauszuheben, die nach Deutschland gefolgt werden sollen. Das gleiche Verbrechen sei Deutschland im Begriff, in Belgien zu begehen.

